

Presseinformation

Nr.: 04/2022

Datum: 02.03.2022

Städte mahnen erneut Maßnahmen für Kinder an

"Der Fokus des Bundes und der Länder auf die Bildungs- und Lernprogramme zur schulischen Nachholung sind aus unserer Sicht die falsche Schwerpunktsetzung“, sagt der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Integration des Hessischen Städtetages, Bürgermeister Axel Weiss-Thiel aus Hanau. „Kinder brauchen jetzt – zeitnah und unbürokratisch – Hilfe, Anleitung und oft auch einfach nur Räume, sich wieder in peer groups zu erleben, im Miteinander die Entwicklungsaufgaben dieser Lebensphase zu bewältigen.“

Der Ausschuss sieht nach wie vor erheblichen zusätzlichen Bedarf zum Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“. Bildung im engeren klassischen Sinne ist nur ein kleiner Teil der durch Studien belegten Bedarfe von Kindern und Jugendlichen nach der Pandemie. Weiss-Thiel: „Aus unserer Sicht hat der ExpertInnenrat der Bundesregierung zu COVID-19 deutlich gemacht, dass vor allem die Hilfestruktur und die Infrastruktur für junge Menschen jetzt Vorfahrt haben muss.“ Der ExpertInnenrat hat in seiner 7. Stellungnahme vom 17. Februar 2022 Maßnahmen zur prioritären Berücksichtigung des Kindeswohls in der Pandemie vorgeschlagen.

Weiss-Thiel: "Die Städte tun schon eine ganze Menge, Jugendliche zu unterstützen. Es müssen aber deutlich mehr finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, um den vermehrten Anstieg psychischer Erkrankungen im Jugendalter abzuwehren und vor Ort flexible Angebote anzubieten.“ Diese Aufholarbeit neben der Rückkehr zu einem normalen Leben zu bewältigen, wird aus Sicht der Städte Jahre dauern, und die Städte und Jugendverbände brauchen dazu nicht nur eine ideelle, sondern auch materielle Unterstützung des Landes.